

DAS MAGAZIN DER ENTWICKLUNGSORGANISATION OXFAM

EINS

Frühling 2022

SCHREIENDE UNGERECHTIGKEIT

VERMÖGENSVERTEILUNG, LIEFERKETTEN,
IMPfstOFFE: DAS MUSS SICH ÄNDERN

GRENZENLOSE AUSBEUTUNG

Für Ananas und Wein arbeiten Migrant*innen
unter menschenunwürdigen Bedingungen

NEHMT EUCH DAS LAND!

In Südafrika demonstrieren Arbeiter*innen,
um die Regierung zum Handeln zu bewegen



OXFAM
Deutschland

KÖSTLICH, ABER GESCHMACKLOS.

Für Lebensmittel in
unseren Supermärkten werden
Arbeitsmigrant*innen auf
Plantagen ausgebeutet.
Dagegen hilft nur ein europäisches
Lieferkettengesetz:

oxfam.de/AusbeutungStoppen

Kofinanziert von
der Europäischen Union



Gefördert durch
ENGAGEMENT GLOBAL
mit Mitteln des



OXFAM
Deutschland



LIEBE LESER*INNEN,

fassungslos schauen wir dieser Tage auf die Eskalation in der Ukraine, wo Tod, Leid und Zerstörung die Menschen bedrohen. Millionen sind vor der Gewalt auf der Flucht und blicken in eine ungewisse Zukunft. Die große Anteilnahme und die praktische Unterstützung, die wir erleben, machen die täglichen Nachrichten nicht erträglicher, aber sie geben doch Hoffnung, dass Solidarität und Mitmenschlichkeit am Ende stärker sind als rohe Gewalt.

Von all dem ahnten wir nichts, als wir das vorliegende Heft planten. Verständlicherweise sind alle Augen derzeit auf die Entwicklungen in der Ukraine gerichtet, doch auch die Missstände in anderen Teilen der Welt, über die wir auf den folgenden Seiten berichten, existieren weiter. Etwa die weltweite soziale Ungleichheit, die sich im Zuge der Corona-Pandemie weiter verschärft hat: Während die Reichsten ihr Vermögen verdoppelt haben, leben 163 Millionen Menschen zusätzlich in Armut.

Wo es Ungerechtigkeit gibt, finden sich auch Menschen zusammen, die dagegen aufbegehren, Menschen wie Yehya* (Titelbild). 40 Jahre lang hat er im Baugewerbe gearbeitet, doch der Niedergang seiner Branche zwingt ihn, nun Taxi zu fahren. Sein Verdienst reicht kaum, um die Miete für das Auto und sein Haus zu bezahlen. Jetzt protestiert er gegen die Zustände im Libanon, wo die Wirtschaftskrise zu einer Hyperinflation und einem starken Wertverlust der Lira geführt hat.

Vermögensverteilung, Impfstoffzugang, Lieferketten: Die Frühjahrs-EINS wirft Schlaglichter auf verschiedene weltweite Missstände, aber auch auf Menschen, die dazu beitragen, dass sich etwas ändert. Veränderung ist möglich, auch in schwierigen Zeiten; auch dank Ihrer Unterstützung, für die ich Ihnen von Herzen danke!

Ihre

Marion Lieser

Geschäftsführende Vorstandsvorsitzende,
Oxfam Deutschland e.V.



Seite 6

Für ein Einkommen, das kaum zum Leben reicht, schufteten Migrant*innen wie Primrose Mulenga auf südafrikanischen Weinfarmen. Über Ausbeutung im Obst- und Weinanbau und die unrühmliche Rolle deutscher Supermärkte lesen Sie ab Seite 6.

INHALT

04 FEHLER IM SYSTEM

Die weltweite Ungleichheit ist erneut gewachsen. Frauen trifft es besonders hart.

06 GRENZENLOSE AUSBEUTUNG

Für Ananas und Wein arbeiten Migrant*innen unter menschenunwürdigen Bedingungen.

10 „NEHMT EUCH DAS LAND!“

In Südafrika demonstrieren Arbeiter*innen, um die Regierung zum Handeln zu bewegen.

12 KLINGELNDE KASSEN...

... dank künstlicher Knappheit: Patentschutz verhindert weltweit Impfgerechtigkeit.

14 WEITERGEBEN STATT WEGWERFEN

Sinnvoller Frühjahrsputz: Ordnungsberaterin gibt Tipps zum Aussortieren

15 EINE FRAGE, DREI MENSCHEN

Was muss sich ändern?

16 LETZTE SEITE

Über Oxfam / Impressum

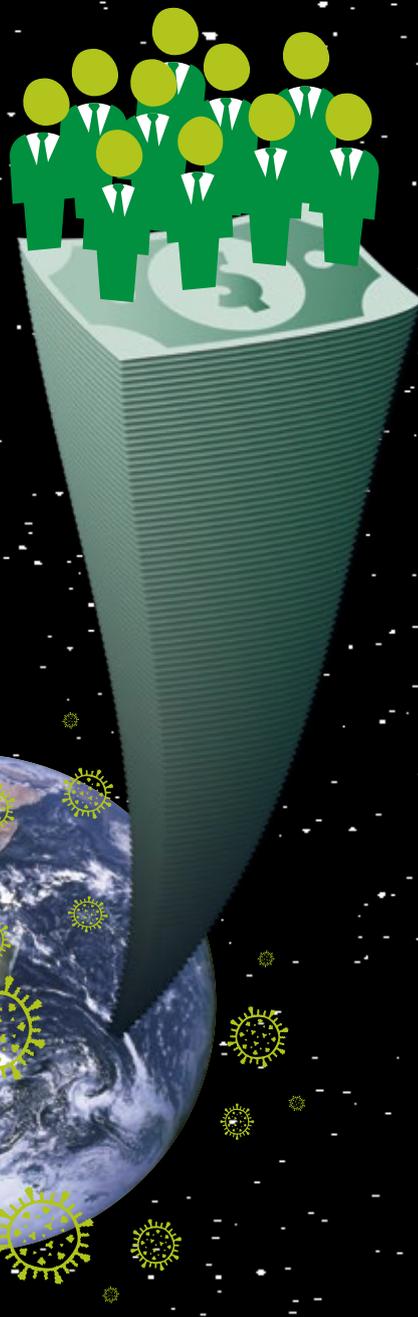
Titelbild: © Pablo Tosco, Oxfam. Diese Seite: © iKlick Fotostudio, © Alexa Sedgwick, Oxfam

Mit (*) markierte Namen wurden von der Redaktion geändert bzw. gekürzt. Oxfam setzt sich für Menschen in prekären Situationen ein – beispielsweise auf der Flucht vor Verfolgung oder in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Wir sehen aus Respekt und zum Schutz der Menschen, zum Beispiel vor Repressionen oder Stigmatisierung, von der Namensnennung ab.

FEHLER IM SYSTEM

Spritztouren ins All auf der einen, Armut und Hunger auf der anderen Seite: Die weltweite Ungleichheit ist mit der Pandemie weiter gewachsen. Besonders Frauen sind davon betroffen.

Würden sich die zehn reichsten Männer der Welt auf ihr in US-Dollarnoten gestapeltes Vermögen setzen, säßen sie 165.173 km hoch im All, fast auf dem halben Weg zum Mond. Raketen bräuchten sie keine mehr.



📄 Franziska Röttsch

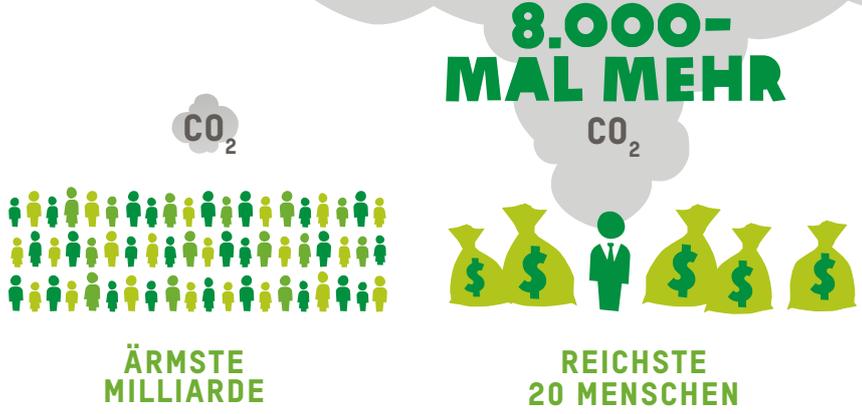
„Während Milliardäre zu Spritztouren ins All aufbrechen, haben Millionen von Menschen Hunger“, brachte UN-Generalsekretär António Guterres die weltweite Ungleichheit auf den Punkt. Eine Ungleichheit kaum vorstellbaren Ausmaßes: So besitzen auf der einen Seite die zehn reichsten Menschen – alles Männer – insgesamt 1,5 Billionen US-Dollar. Setzen sie sich auf ihr in US-Dollarnoten gestapeltes Vermögen, säßen sie 165.173 Kilometer hoch im All, fast auf dem halben Weg zum Mond. Raketen für Spritztouren in den Orbit bräuchten sie keine mehr. Auf der anderen Seite lebt fast die Hälfte der Menschheit unterhalb der von der Weltbank definierten erweiterten Armutsgrenze von 5,50 Dollar pro Tag.

DIE KLUFT WÄCHST IMMER WEITER

Die Corona-Pandemie hat die Ungleichheit weiter verschärft: Das Vermögen der zehn reichsten Männer hat sich seit Beginn der Pandemie verdoppelt. Im gleichen Zeitraum rutschten rund 163 Millionen Menschen in die Armut ab. Und auch die Kluft zwischen privilegierten und einkommensschwachen Ländern wächst zum ersten Mal seit einer Generation wieder: „Die Verschuldung wirtschaftlich benachteiligter Länder ist auf den höchsten Stand seit 50 Jahren geklettert. Und es wird für die Staaten immer schwieriger, die Schulden zu begleichen“, sagt Manuel Schmitt, Referent für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland.



Das Vermögen der zehn reichsten Männer hat sich seit Beginn der Pandemie verdoppelt.



Zwanzig der reichsten Milliardäre stoßen im Durchschnitt schätzungsweise 8.000-mal mehr CO₂ aus als die eine Milliarde Menschen, die am wenigsten besitzen.

UNGLEICHHEIT TRIFFT FRAUEN BESONDERS

Frauen haben mit den Auswirkungen der Pandemie besonders zu kämpfen. Schätzungen zufolge haben sie im Jahr 2020 weltweit mindestens 800 Milliarden US-Dollar an Einkommen verloren. Heute sind, so die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), 13 Millionen Frauen weniger erwerbstätig als vor der Pandemie. Bei Männern entspricht die Zahl der Erwerbstätigen inzwischen wieder dem Niveau von 2019. Gingen Schätzungen vor der Pandemie davon aus, dass es noch 99,5 Jahre dauern wird, bis Frauen genauso viel verdienen wie Männer, rechnet man heute mit 135,6 Jahren. „Das heißt: Auch unsere Ur-Ur-Enkelinnen werden nach heutigem Stand für gleiche Arbeit nicht gleich bezahlt werden. Das ist völlig inakzeptabel“, sagt Manuel Schmitt. „Noch dazu ist auch die Pflege- und Fürsorgearbeit, die zumeist Frauen völlig unbezahlt übernehmen, mit der Pandemie weiter gestiegen. Eine Arbeit die jährlich etwa 10,8 Billionen US-Dollar entspricht.“ Die Folgen der Pandemie für Frauen gehen zudem weit über die gravierende Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen hinaus. Die Pandemie raubt Frauen die Zukunftsperspektive. So werden Schätzungen zufolge 20 Millionen Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen nie wieder in

den Klassenraum zurückkehren, zusätzlich zu den 130 Millionen Mädchen, die schon vor der Pandemie nicht zu Schule gingen. Durch die wirtschaftlichen Nöte im Zuge der COVID-19-Pandemie sind zudem etwa zehn Millionen Mädchen zusätzlich von Kinderheirat bedroht. Und nicht zuletzt hat die Pandemie zu einem starken Anstieg von geschlechtsspezifischer Gewalt geführt: Im April 2020 hatten die Vereinten Nationen prognostiziert, dass Gewalt gegen Frauen während eines Lockdowns um durchschnittlich 20 Prozent zunimmt. Pro drei Monate Lockdown bedeutet dies 15 Millionen zusätzliche Fälle von Gewalt in Paarbeziehungen.

SCHREIENDE UNGERECHTIGKEIT

„Soziale Ungleichheit ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Aber sie ist nicht naturgegeben – sondern die Folge eines patriarchal geprägten wirtschaftlichen Systems, das Profitmaximierung über das Gemeinwohl stellt“, so Manuel Schmitt. „Das ist ein Zustand, den wir nicht länger hinnehmen dürfen – sowohl aus sozialen als auch ökologischen Gründen.“ Denn die weltweite Ungleichheit und Ungerechtigkeit zeigt sich nicht zuletzt auch bei der Klimakrise: Während wohlhabende, wirtschaftlich privilegierte Menschen für die Klimakrise verantwortlich sind, sind Menschen in wirtschaftlich

DAS MUSS SICH ÄNDERN

Im Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen darf nicht länger nur der Profit, sondern muss vor allem das Gemeinwohl stehen.

- 1 Steuergerechtigkeit:** hohe Vermögen müssen stärker besteuert, Steueroasen geschlossen werden.
- 2 Impfgerechtigkeit:** COVID-19-Impfstoffe allen Menschen durch eine Aufhebung des Patentschutzes weltweit kostenfrei zugänglich machen.
- 3 Gemeinwohlorientierte Unternehmen:** Unternehmen müssen verpflichtet werden, ihre Ziele an den planetaren Grenzen und der Einhaltung der Menschenrechte auszurichten.
- 4 Konzernmacht brechen:** starke Marktkonzentration abschaffen, durchlässige Marktstrukturen fördern.
- 5 Geschlechtergerechtigkeit:** Gute öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme schaffen, die allen Menschen in gleicher Weise zugänglich sind, und auf die Einbindung profit-orientierter privater Akteure verzichten.

benachteiligten Ländern besonders von den Folgen betroffen. „Der Fehler liegt im System – und das muss sich ändern“, so Manuel Schmitt. „Im Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen darf nicht länger nur der Profit, sondern muss vor allem das Gemeinwohl stehen.“

JETZT MEHR ERFAHREN:
www.oxfam.de

GRENZENLOSE AUSBEUTUNG

„Wir lieben Lebensmittel“, wirbt Edeka. Die Supermärkte lieben ihre Lebensmittel – für die Menschen, die diese Produkte anbauen, gilt das offenbar nicht. Auf Plantagen und in Fabriken arbeiten Migrant*innen unter ausbeuterischen Bedingungen. Der Weinanbau in Südafrika und die Ananasproduktion in Costa Rica sind zwei Beispiele.

☒ Franziska Röttsch

„Ich bin Farmarbeiterin. Ich mache alles.“ Primrose Mulenga kommt aus Simbabwe. Seit sechs Jahren arbeitet die 25-Jährige auf den Weinfarmen Südafrikas. Sie ist eine von vielen Millionen Migrantinnen, die sich wegen der schwierigen, oft aussichtslosen ökonomischen Situation in ihren Heimatländern für die vermeintlich beste der schlechten Optionen entscheiden: für die Suche nach Arbeit in einem anderen Land. „Ich habe zwei Kinder, die ich versorgen muss“, sagt Mulenga. „Ich verdiene in Südafrika nicht viel, aber für mich ist es besser, hier zu sein, weil ich meine Familie unterstützen kann mit Geld für Essen und andere Dinge, die gezahlt werden müssen.“

Viele Branchen kommen ohne migrantische Arbeiter*innen nicht aus – 169 Millionen Arbeitsmigrant*innen zählt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) – und dabei handelt es sich nur um die offiziell dokumentierten.

.....
// Ihre Rechte auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen können Migrantinnen oft nicht einfordern und durchsetzen. //

.....
TIM ZAHN, OXFAM-EXPERTE
FÜR GLOBALE LIEFERKETTEN

ARBEITER*INNEN ZAHLEN DEN PREIS

In Deutschland ist Wein aus Südafrika beliebt: 65.000 Tonnen haben wir im Jahr 2019 importiert – so viel wie aus keinem anderen Land außerhalb der EU. Während die Nachfrage in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist, sind die Preise für südafrikanischen Wein massiv gefallen: seit 2004 um die Hälfte.

Hoch ist dagegen der Preis, den viele Migrant*innen für ein Einkommen bezahlen, das kaum zu Leben reicht: Auf Südafrikas Weinplantagen ernten sie Trauben im Akkord, mehr als zwölf Stunden am Tag, ohne Arbeitsverträge, ohne angemessene Bezahlung. In einer Studie über die Lebens- und Arbeitsbedingungen migrantischer Arbeiterinnen, die Oxfam Deutschland gemeinsam mit der südafrikanischen Frauenrechtsorganisation Women on Farms Project (WoFP) kürzlich veröffentlicht hat, berichten Frauen, dass sie vor der Einstellung sexuell missbraucht wurden. Bei der Arbeit sind sie giftigen Pestiziden ausgesetzt und haben keinen Zugang zu Toiletten und Trinkwasser.

„Ihre Rechte auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen können Migrantinnen oft nicht einfordern und durchsetzen. Viele sind ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis im Land

und stehen damit unter Druck: Ihnen droht nicht nur der Jobverlust, sondern auch die Ausweisung“, weiß Tim Zahn, Oxfam-Experte für globale Lieferketten, Menschenrechte und Migration. „Damit sind gerade geringqualifizierte Migrant*innen ohne offizielle Papiere besonders häufig Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen wie Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt – insbesondere Frauen, die innerhalb der ökonomischen, patriarchalen Strukturen besonders von Diskriminierung und Ausbeutung betroffen sind.“

Eine Erfahrung, die auch Primrose Mulenga machen musste: „Viele von uns haben keine Papiere und sie [die Arbeitgeber] nutzen das aus. Sie können uns einfach so feuern. Sie können alles mit uns machen.“ Und Mulenga ist kein Einzelfall: 45 Prozent der von WoFP befragten Frauen berichten von Rassismus und Diskriminierung, von Beschimpfungen, Beleidigungen, Demütigungen – und von psychischer, physischer und sexueller Gewalt.

WER MEHR LOHN FORDERT, WIRD GEFEUERT

Die Löhne, die Arbeitsmigrant*innen auf den Weinplantagen Südafrikas verdienen, sind extrem niedrig: Knapp die Hälfte der für die Studie Befragten gab an, weniger als den gesetzlich vorgeschriebenen

Mindestlohn von 194 Euro zu erhalten – und das, obwohl viele im Akkord mit kaum erfüllbaren Zielvorgaben arbeiten. Eine Arbeiterin, die ihren Namen nicht nennen möchte, berichtet: „Der Farmbesitzer sagt, er weiß, wie hoch der Mindestlohn ist – 21 Rand.“ Das sind ca. 1,21 Euro pro Stunde. Die Arbeiterin berichtet weiter: „Fragt man vorher, was er pro Stunde zahlt, sagt er 21 Rand. Aber wenn du bezahlt wirst, gibt er dir nicht so viel. Wenn du nachfragst, sagt er: Verschwinde, du bist gefeuert. Deshalb habe ich Angst, nach dem vereinbarten Lohn zu fragen.“

AUSBEUTUNG MIT SYSTEM

„Die Arbeitsrechtsverletzungen sind keine Einzelfälle, sondern lediglich Beispiele für die Schattenseiten eines Wirtschaftssystems, in dem Profitorientierung und Gewinnmaximierung oberste Priorität haben“, sagt Steffen Vogel, Oxfam-Experte für globale Lieferketten und Menschenrechte im Agrarsektor. Auch die ausbeuterischen Bedingungen auf den Ananasplantagen Costa Ricas gehören dazu. Rund 75 Prozent der nach Deutschland importierten Ananas kommen aus dem Land in Mittelamerika.

Wer im deutschen Discounter Penny, der zur Rewe-Group gehört, Ananas aus Costa Rica kauft, kann mittels eines QR-Codes mehr über ihre Herkunft erfahren: So stammen die Früchte beispielsweise von der 3.500 Hektar großen Finca „Piña Frut“, die – so die Informationen hinter dem QR-Code – „das Wohlbefinden der Arbeitnehmer, der Gemeinden und der Umwelt in den Vordergrund stellt“. Die Farm werde „in verantwortungsvoller Weise geführt, um zu einer nachhaltigen Entwicklung der Gemeinschaft beizutragen und um die Lebensqualität der Mitarbeiter zu verbessern“.

Mit der Realität auf den Plantagen der Grupo Acón, zu der die Finca gehört,

„Viele von uns haben keine Papiere und sie [die Arbeitgeber] nutzen das aus“: Primrose Mulenga kam aus Simbabwe auf die Weinplantagen Südafrikas, auf der Suche nach Arbeit, um ihre Familie zu ernähren.

© Alexa Seagwick | Oxfam





„Es ist hart, hier zu arbeiten“: Yorley Salazar schuftet seit 18 Jahren auf Ananasplantagen in Costa Rica.

sie eine Operation zur Eileiter-Durchtrennung hatten und keine Kinder mehr bekommen können – selbst der Zeitpunkt des letzten Geschlechtsverkehrs wurde erfragt. „Heute sind die Methoden subtiler“, so Gamboa. „Die Unternehmen stellen entweder gar keine Frauen mehr für die Feldarbeit ein, oder sie erteilen nur auf wenige Monate befristete Verträge. Wenn die Frau zum Ablauf der Frist schwanger ist, wird sie entlassen.“

Ähnlich wie in Südafrika sind es migrantische Arbeiter*innen, für die die Hürden besonders hoch sind, ihr Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts einzufordern. „Arbeitsmigrantinnen ohne Papiere sind besonders leicht auszubeuten“, sagt Steffen Vogel: „Wenn sie sich etwa beschweren oder gar gewerkschaftlich organisieren, müssen sie fürchten, vom eigenen Arbeitgeber bei der Polizei angezeigt und abgeschoben zu werden.“ Trotz aller Gefahren organisieren sich aber auch Migrant*innen, zum Beispiel bei der Gewerkschaft SITRAP** in Costa Rica.

WOCHENLOHN VON 18 EURO

Die Löhne, für die Migrant*innen auf den Plantagen auch in Costa Rica oft im Akkord schufteten, liegen nicht nur weit unter dem Existenzminimum, sondern sind auch oft noch geringer als die der einheimischen Arbeiter*innen: Offiziellen Statistiken zufolge verdienen Migrant*innen gerade einmal 60 Prozent des Lohns der costa-ricanischen Beschäftigten – bei Frauen ist der Unterschied noch größer. Ein Arbeiter, der auf den Plantagen verschiedener Produzenten angestellt war, berichtet über seine aktuelle Situation: „Wir haben jetzt 17 Tage auf einer Farm gearbeitet – und nicht einen Peso habe ich mit nach Hause gebracht. Schon seit mehr als einem Monat konnte ich kein Geld mehr an meine Familie schicken. In einer Woche haben wir gerade mal 12.000 Colones verdient.“ Das entspricht etwa

hat das wenig zu tun. Die Unternehmensgruppe, einer der größten Obstproduzenten Costa Ricas, ist berüchtigt dafür, gewerkschaftliches Engagement zu sanktionieren. Zahlreiche Gerichtsentscheidungen belegen, wie Arbeiter*innen, die sich einer Gewerkschaft anschließen, sofort gekündigt werden und erst nach langen Verfahren wieder angestellt werden müssen. Eine Arbeiterin berichtet: „Meine älteste Tochter arbeitete auf der gleichen Farm wie ich und sie haben sie rausgeworfen, weil ich Gewerkschaftsmitglied bin.“ Zunehmend stellen die Konzerne Arbeiter*innen über so genannte Contratistas ein, Arbeitsvermittler, die die niedrigen Löhne noch weiter drücken und mit Kurzzeitverträgen Festanstellungen und Sozialversicherungsbeiträge umgehen. Laut Berichten der von Oxfams

Partnerorganisation ARCA* befragten Arbeiter*innen mangelt es auch an Schutzkleidung, obwohl sie gefährlichen Pestiziden ausgesetzt sind.

FRAUEN WERDEN SYSTEMATISCH DISKRIMINIERT

Und nicht nur das: Maureen Gamboa, Gewerkschaftssekretärin für Frauenrechte bei der Landarbeiter*innengewerkschaft SITRAP, erklärt, wie Frauen auf den Plantagen systematisch diskriminiert werden: „Mutterschaft ist in der Agrarindustrie nicht gern gesehen – nicht nur des Mutterschutzes und der Stillzeit wegen, sondern auch in der Zeit danach, in der die Kinder betreut werden müssen.“ Früher habe es Formulare zur Einstellung gegeben, auf denen die Frauen eintragen mussten, wie viele Kinder sie haben, ob

18 Euro – in einem der teuersten Länder Lateinamerikas.

Für die gerade erschienene Studie zu migrantischen Arbeiter*innen in deutschen Lieferketten befragte Oxfams Partnerorganisation ARCA auch Arbeiter*innen auf Costa Ricas Plantagen. Keine*r von ihnen erhielt den in Costa Rica gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von umgerechnet etwa 16 Euro am Tag. Besonders prekär: Eine Arbeiterin, die für den Betrieb Upala Agrícola arbeitet, dessen Ananas in deutschen Edeka- und Lidl-Märkten verkauft werden, verdient beispielsweise gerade einmal 4,50 Euro am Tag.

REKORDGEWINNE STATT UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG

Upala Agrícola gehört zu den großen Ananas-Produktionsfirmen Costa Ricas. Eigentümer des laut eigener Website „in Harmonie mit der Natur und unternehmerischer Verantwortung“ wirtschaftenden Unternehmens ist der ehemalige Landwirtschaftsminister und Aufsichtsratsvorsitzende der Nationalbank, Alfredo Volio Pérez. Während Upala Agrícola in Costa Rica offiziell rote Zahlen schrieb und die Arbeiter*innen Hungerlöhne erhielten, flossen die Gewinne aus dem boomenden Ananas-Business in Volio Pérez' Offshore-Firma Upala Investments in Panama, wie die Recherchen von Investigativ-Journalist*innen im Zusammenhang mit den so genannten Pandora Papers zeigten.

Aber nicht nur in Südafrika und Costa Rica machen Unternehmen Gewinne auf dem Rücken der Arbeiter*innen. In Deutschland teilen sich die vier Supermarktriesen Rewe, zu dem der Discounter Penny gehört, Aldi Süd und Nord, Edeka mit Netto sowie die Schwarzgruppe mit Lidl und Kaufland mehr als 85 Prozent des deutschen Lebensmitteleinzelhandels. „Wer in Deutschland seine Produkte in die Supermarktregale bringen will, kommt an den großen Einzelhändlern nicht vorbei. Diese Marktkonzentration verleiht ihnen die Macht, immensen Preisdruck auszuüben“, erklärt Tim Zahn. Entlang der Lieferketten für die Produkte in den

Supermarktregalen wird der Preisdruck weitergeben – bis zu Arbeiter*innen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten, während Supermärkte Kasse machen. Beispiel Ananas: Mehr als 42 Prozent des Preises, das Supermarktkund*innen für die süße Frucht bezahlen, geht an die Einzelhandelskonzerne. Bei den Arbeiter*innen auf den Plantagen kommen nicht einmal zehn Prozent an. Beim südafrikanischen Wein bleiben sogar 51,7 Prozent bei den deutschen Supermärkten. Die Farmarbeiter*innen bekommen nur etwa 1,2 Prozent des Verkaufspreises.

„Wir haben die deutschen Supermarktketten mit den Ergebnissen unserer Recherchen zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf den Plantagen in ihren Lieferketten konfrontiert“, sagt Steffen Vogel. „Mehrere Unternehmen gaben an, den Vorwürfen nachzugehen. Wir hören aber auch Abweigelungen und Lippenbekenntnisse. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen werden wir verfolgen, ob es zu spürbaren Verbesserungen der Situation der Arbeiter*innen kommt.“

Die Supermarktketten sind in der Verantwortung, etwas an diesen Zuständen zu ändern“, sagt Tim Zahn. „Sie sind es, die die Konditionen diktieren und sie müssen angemessene Preise zahlen, welche existenzsichernde Löhne ermöglichen. Stattdessen machen sie Profite wie nie zuvor.“

Steffen Vogel ergänzt: „Die Bundesregierung und die EU dürfen die Verantwortungslosigkeit der Konzerne nicht länger tolerieren. Das im vergangenen Jahr verabschiedete deutsche Gesetz, nach dem sich Unternehmen in Deutschland ab 2023 um Menschenrechte und Umweltbelange in ihren Lieferketten kümmern müssen, hat große Lücken. Da muss die Politik noch mal ran. Mit der anstehenden EU-Regelung besteht jetzt die Chance, die Lücken aus dem deutschen Gesetz zu schließen und wirklich etwas an der Situation vor Ort zu verbessern. Hierfür braucht es viel Druck aus der Zivilgesellschaft, denn auch die Wirtschaftslobby in Brüssel schläft nicht.“

KURZ NOTIERT

200 MILLIONEN EURO FÜR BILDUNG IN NOTSITUATIONEN

Die neue Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hat als eine der ersten wichtigen Entscheidungen der Legislaturperiode eine Hauptforderung von Oxfam und der Globalen Bildungskampagne umgesetzt: Anlässlich des Welttages der Bildung am 24. Januar verkündete sie, den internationalen Fonds für Bildung in Notsituationen und Krisen „Education Cannot Wait“ über die nächsten vier Jahre mit insgesamt 200 Millionen Euro zu finanzieren. Damit reagiert das Ministerium auf die Empfehlungen, die Oxfam im Verbund mit der Globalen Bildungskampagne in einer Studie veröffentlicht hatte.

 **JETZT MEHR ERFAHREN:**
www.bildungskampagne.org

ÜBER 100 MILLIONÄR*INNEN FORDERN VERMÖGENSSTEUER FÜR DIE REICHSTEN

Eine Gruppe von über 100 Millionär*innen hat in einem offenen Brief eine Vermögenssteuer für die Reichsten gefordert. Dies würde helfen, die extreme Ungleichheit zu verringern und soziale Grunddienste wie öffentliche Gesundheitsversorgung und Bildung zu finanzieren. Analysen weisen darauf hin, dass eine solche Steuer weltweit mindestens 2,5 Billionen Dollar pro Jahr einbringen könnte. Damit wären wesentliche Fortschritte bei Armutsbekämpfung, COVID-19-Impfstoffgerechtigkeit und allgemeiner Gesundheitsversorgung möglich. Zu den Unterzeichner*innen gehören die amerikanische Filmproduzentin und Erbin Abigail Disney, der dänisch-iranische Unternehmer Djaffar Shalchi, der amerikanische Unternehmer und Risikokapitalgeber Nick Hanauer sowie die österreichische Studentin und BASF-Erbin Marlene Engelhorn.

* Asociación Regional Centroamerica para el Agua y el Ambiente (dt.: regionale Vereinigung Mittelamerikas für Wasser und Umwelt)

** Sindicato de Trabajadores de Plantaciones Agrícolas – (dt.: Gewerkschaft der Arbeiter auf landwirtschaftlichen Plantagen)

Stärken Sie Arbeiterinnen in Südafrika den Rücken!



38€

Für 38 Euro kann Oxfams Partnerorganisation WoFP zehn Frauen dabei unterstützen, sich gegen Rechtsverletzungen durch ihre Arbeitgeber zu wehren.



79€

79 Euro kosten Geräte und Saatgut, mit denen Arbeiterinnen in prekären Verhältnissen sich einen Gemüsegarten anlegen können, um die Ernährung ihrer Familien zu sichern.



200€

Von 200 Euro kann WoFP 1.000 Flyer erstellen, die Farmarbeiterinnen über ihre Arbeits- und Wohnrechte informieren.

 **JETZT SPENDEN:**
www.oxfam.de/jetztspenden

„NEHMT EUCH DAS LAND!“

Seit drei Jahrzehnten unterstützt Oxfams südafrikanische Partnerorganisation Women on Farms Project Arbeiterinnen auf Weinplantagen dabei, gegen ihre prekäre Situation aufzubegehren. Gemeinsam wollen sie die Regierung nun zum Handeln bewegen.

 Julia Jahnz

22. September 2021: Mit Lautsprechern und Transparenten ziehen weit über hundert Farmarbeiterinnen durch die Straßen von Stellenbosch, einem Zentrum der Weinproduktion am südafrikanischen Westkap. Singend und tanzend erreichen die Frauen die Büros des Konzerns Remgro Limited und fordern den Inhaber Johann Rupert auf, die Einführung einer Vermögenssteuer zu unterstützen.

Mit einem Nettovermögen, das 2020 rund 5,8 Milliarden Euro entsprach, ist Johann Rupert der zweitreichste Mensch Südafrikas. Er und seine Familie besitzen mehrere Weinplantagen und halten über Remgro Limited Anteile an zahlreichen Unternehmen – unter anderem an der Distell Group, die alkoholische Getränke auch nach Europa exportiert.

„Ich arbeite seit 55 Jahren für den Plantagenbesitzer und habe nichts – nicht einmal eine Unterkunft! Die Plantagenbesitzer gehören zum reichsten Prozent des Landes“, empört sich eine der Aktivistinnen. Eine Mitstreiterin ergänzt: „Sie wollen uns kein Land geben, damit wir ein anständiges Leben führen können, also müssen sie eine Vermögenssteuer zahlen.“

Der Protestzug ist der lautstarke und wirkungsvolle Auftakt für die Feminist Reparation Campaign („Kampagne für

Feministische Reparationen“, FRC), die Oxfams südafrikanische Partnerorganisation Women on Farms Project (WoFP) gemeinsam mit engagierten Farmarbeiterinnen ins Leben gerufen hat.

„Mit der FRC fordern die Farmarbeiterinnen ihre Würde ein“, erklärt WoFP-Direktorin Colette Solomon. „Im Bewusstsein der jahrhundertelangen Ungerechtigkeiten, die Frauen erdulden mussten, die auf Weinfarmen arbeiten und wohnen, fordert die Kampagne zurück, was ihnen durch Kolonialisierung, Apartheid und rassifizierten Kapitalismus gewaltsam genommen wurde.“

Über Social Media und klassische Medien informieren die Aktivistinnen über das Konzept der Vermögenssteuer, die ihrer Überzeugung nach allen in Armut lebenden Menschen im Land nutzen würde. On- und offline sammeln sie Unterschriften für ihre Forderungen. „Wenn wir diese Vermögenssteuer wollen, müssen wir uns zusammenschließen, als wären wir die Kinder einer einzigen Mutter; eine Familie“, betont eine der Frauen. „Nur dann können wir erreichen, was wir wollen.“

**UNABHÄNGIG DANK
EIGENEM LAND**

Die Steuer soll dringend nötige Maßnahmen finanzieren, um das eklatante



Farmarbeiterinnen engagieren sich bei einer von Oxfams südafrikanischer Partnerorganisation Women on Farms Project organisierten Protestveranstaltung.

Machtmissverhältnis im Land zugunsten der Arbeiterinnen zu verändern. An erster Stelle steht dabei eine gerechte Verteilung des Farmlandes.

Per Klage wollen die Aktivistinnen ihre Regierung zwingen, ein Gesetz zu erarbeiten, das die Umverteilung eines Teils des Landes regelt, das an *weiße* kommerzielle Farmer verpachtet ist. Vorrangig soll es an bedürftige Frauen gehen – inklusive Bewässerung und Schulungen zu agrarökologischen Methoden.

Doch viele können nicht so lange warten. „Was ich den Frauen ans Herz legen möchte: Nehmt euch das Land, das in eurer Nähe verfügbar ist“, so die Farmarbeiterin und langjährige Aktivistin Magrieta Prins aus De Doorns auf Facebook. „Legt einen Gemüsegarten an! Wir wurden in den Hunger getrieben, also müssen wir unsere eigenen Kämpfe führen, denn die Regierung hört uns nicht zu. Wenn wir es uns nicht nehmen, werden wir nie Land bekommen! Nehmt euch das Land!“

Mit eigenem Grund und Boden wären Frauen unabhängiger und könnten mit dessen Erträgen besser für sich und ihre

Kinder sorgen. Auch hätten sie bessere Möglichkeiten, häuslicher Gewalt zu entkommen. „Wenn ihre Partner die Hauptverdiener sind und auch die Mietverträge auf deren Namen laufen, fällt es Frauen schwer, sich aus einer gewalttätigen Beziehung zu befreien“ erläutert Carmen Louw, Vize-Direktorin von WoFP. Zudem braucht es fachkundige Beratungsstellen und Notunterkünfte in der Nähe der Frauen. Und Polizist*innen müssen speziell geschult werden, um sensibel mit Betroffenen umzugehen. Auch das könnte durch die Vermögenssteuer finanziert werden.

Der Einsatz der mutigen Farmarbeiterinnen, von denen viele Repressalien durch ihre Arbeitgeber fürchten müssen, fruchtet bereits. So hat der Unternehmensvorstand von Remgro Limited reagiert und ist mit WoFP für weitere Gespräche in Kontakt. Gleichzeitig geht der Protest weiter: Seit März machen die Frauen gezielt auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam. Nur feministische Lösungen, die die Bedürfnisse der von Ungleichheit und Diskriminierung Betroffenen in den Mittelpunkt stellen, können den Wandel bringen, den sie seit Jahrzehnten fordern. Davon sind sie überzeugt.

DIE FORDERUNGEN DER FARMARBEITERINNEN

- 1 Gerechte Verteilung von Land**
Mehr als 80 Prozent der südafrikanischen Nutzflächen befinden sich Schätzungen zufolge in den Händen von *weißen* Farmern. WoFP fordert, einen Teil des Landes an Farmarbeiterinnen umzuverteilen.
- 2 Staatliche Gesundheitsversorgung für alle**
Viele Farmarbeiterinnen leiden unter Mangelernährung, Pestizidvergiftungen und Verletzungen durch geschlechterbasierte Gewalt. Für sie müssen qualitativ hochwertige Gesundheitseinrichtungen auch in abgelegenen ländlichen Regionen gut erreichbar sein.
- 3 Hochwertige Grundbildung**
WoFP fordert einen uneingeschränkten Zugang zu öffentlicher Bildung. Für Menschen in prekärer Lage muss auch der öffentliche Nahverkehr kostenfrei sein, damit ihre Kinder die Schule erreichen können.
- 4 Einführung einer Vermögenssteuer**
Dem reichsten Prozent der Südafrikaner*innen gehört mehr als die Hälfte des Reichtums im Land. Eine Steuer von sechs bis 18 Prozent auf ihre Vermögen könnte weitere Maßnahmen finanzieren, um die horrende soziale Ungleichheit zu reduzieren.

KLINGELNDE KASSEN DANK KÜNSTLICHER KNAPPHEIT

Seit über einem Jahr gibt es Impfstoffe gegen COVID-19. Doch in weiten Teilen der Welt bleiben sie ein knappes Gut. Schuld daran ist der Patentschutz.

Steffen Küßner

Als die erste Corona-Welle das italienische Gesundheitssystem in die Knie zwang, befürchteten viele apokalyptische Zustände, wenn das Virus die Armenviertel von Nairobi, Lagos oder Harare erreichen würde. Zwei Jahre später sprechen offizielle Zahlen eine andere Sprache. Demnach starben in der Europäischen Union bis Februar 950.000 Menschen im Zusammenhang mit COVID-19, auf dem afrikanischen Kontinent 237.000. Auf 100.000 Menschen kommen in der EU somit 212 Todesfälle – in Afrika nur 17. Expert*innen sehen dafür eine Reihe von Gründen: die afrikanische Bevölkerung ist sehr jung, die Menschen halten sich mehr im Freien auf und ihr Immunsystem kommt durch früheren Kontakt mit verwandten Erregern besser mit COVID-19 zurecht. Zudem galten in vielen

afrikanischen Ländern sehr rüh und lange weitreichende Kontaktbeschränkungen.

VIELE SCHUTZBEDÜRFTIGE

Dennoch ist Afrika deutlich stärker von der Pandemie getroffen als es die offiziellen Zahlen nahelegen. Um ein realistischeres Bild zu bekommen, hat die britische Zeitschrift *The Economist* globale Daten zur Übersterblichkeit ausgewertet. Demnach starben auf dem afrikanischen Kontinent im Verhältnis etwa halb so viele Menschen zusätzlich wie in der Europäischen Union. Das sind weniger Tote als vor zwei Jahren befürchtet, aber 1.000 Prozent mehr als offiziell gezählt.

Und auch wenn Afrika eine jüngere Bevölkerung hat, gibt es dort dennoch viele

schutzbedürftige Menschen. „Wir haben Diabetiker, wir haben Krebskranke, wir haben alte Leute. Wir sollten sie alle impfen“, erklärt die nigerianische Mikrobiologin Folasade Ogunsola im Gespräch mit der Neuen Zürcher Zeitung. Doch auf dem afrikanischen Kontinent fehlt Impfstoff. Denn der ist weiterhin ein knappes Gut und wird von den Herstellern zu Höchstpreisen an die Meistbietenden verkauft. Die People's Vaccine Alliance, ein weltweiter Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, hat errechnet, dass BioNTech/Pfizer und Moderna für eine Impfstoffdosis das bis zu 24-Fache des Produktionspreises verlangen. Ende 2021 hatte BioNTech nur ein Prozent aller seiner Impfdosen an Länder mit niedrigem Einkommen verkauft, Moderna zwei Prozent. Entsprechend waren Anfang Februar nur gut



zehn Prozent der afrikanischen Gesamtbevölkerung zwei Mal geimpft.

Das führt nicht nur zu vermeidbaren Todesfällen, sondern hat auch wirtschaftliche Auswirkungen. Einer Analyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zufolge ist die im Vergleich zu anderen Weltregionen dramatisch niedrige Impfquote mit ein Grund dafür, warum sich Afrika nur sehr langsam von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie erholt. Zudem kann sich das Virus ungebremsert verbreiten, wodurch ansteckendere oder tödlichere Varianten entstehen können, die die Pandemie für alle Menschen verlängern.

Davor hatten führenden Epidemiolog*innen von namhaften Institutionen wie der Johns-Hopkins-Universität oder der Universität Yale bereits vor über einem Jahr gewarnt. Die Omikron-Welle kam also keineswegs überraschend. „Was jetzt passiert, hätte vermieden werden können“, kritisiert der Leiter der Impfstoff-Initiative der Afrikanischen Union, Ayoade Alakija, im Interview mit der britischen BBC. „Das folgt daraus, dass die Welt bei der gerechten, dringenden und raschen Impfstoffverteilung versagt hat.“

Pia Schwertner ist bei Oxfam Deutschland Referentin für Impfgerechtigkeit. Sie meint: „Es müssen deutlich mehr Hersteller in die Produktion einsteigen. Dann würde das Angebot steigen – und die Preise fallen. Doch das verhindert der internationale Patentschutz.“ Südafrika und Indien haben deshalb Ende 2020

bei der Welthandelsorganisation einen Antrag eingereicht, den Patentschutz auf COVID-19-Impfstoffe auszusetzen. Die USA und über 100 weitere Länder, die Weltgesundheitsorganisation, Nichtregierungsorganisationen sowie über 140 Nobelpreisträger*innen und ehemalige Staats- und Regierungschefs haben sich dieser Forderung angeschlossen. Doch diesen Schritt blockieren einige wohlhabende Staaten, allen voran Deutschland.

FADENSCHHEINIGER VORWAND

Dabei hatte sich Wirtschaftsminister Robert Habeck vor der Wahl für die Aussetzung des Patentschutzes ausgesprochen. Nach Gesprächen mit Pharmafirmen hat er seine Haltung jedoch revidiert. Seine Argumente sind nicht neu: Die Herstellung sei zu kompliziert und der Aufbau von Produktionskapazitäten würde zu lange dauern. „Das ist ein fadenscheiniger Vorwand der Pharmaunternehmen, um ihre astronomischen Gewinne zu schützen“, kritisiert Pia Schwertner. Tatsächlich haben Expert*innen mindestens 120 Unternehmen identifiziert, die in Afrika, Asien und Lateinamerika bereitstehen, in die Impfstoffproduktion einzusteigen. Insbesondere mRNA-Impfstoffe sind gut für einen schnellen Technologie-Transfer geeignet, bereits bestehende Produktionsanlagen könnten innerhalb von sechs Monaten umgebaut werden. Hätte man

den Patentschutz 2020 ausgesetzt, gäbe es heute sehr viel mehr Impfstoff zu erschwinglichen Preisen, sagen die Befürworter*innen.

Kritiker*innen dagegen bemühen ein weiteres Argument: Ohne Patentschutz fehle der Anreiz zu Forschung und Innovation. Doch das ist nicht belegt und unterschlägt den Forschungseifer von Wissenschaftler*innen sowie die Milliardengewinne, die die Firmen bereits erwirtschaftet haben, meint Pia Schwertner. „Die Entwicklung der Impfstoffe ging zudem nur deshalb so schnell, weil viel Steuergeld in die Forschung geflossen ist, allein aus Deutschland 750 Millionen Euro“, rechnet sie vor. Auch deshalb müssten die Ergebnisse als Gemeingut behandelt werden.

Eine ähnliche Auseinandersetzung gab es schon einmal in der jüngeren Geschichte. In den 1990er Jahren bildete sich in Südafrika und weiteren Ländern eine breite soziale Bewegung, die forderte, die Patente auf Medikamente zur Behandlung von HIV/AIDS freizugeben. Mit Erfolg: Die Pharmakonzerne verzichteten am Ende darauf, gegen Generika-Hersteller zu klagen und die Preise für die Medikamente fielen, was Millionen Menschen das Leben rettete.



Gemeinsam mit der „People's Vaccine Alliance“ forderte Oxfam beim G7-Gipfel im Juni 2021, die Impfstoff-Patente auszusetzen.



WEITERGEBEN STATT WEGWERFEN

Susan Amster-Parsia-Parsi hilft Ihren Klient*innen dabei, sich von Dingen zu trennen.

© Charlotte Hochegger | Oxfam

Wenn der Frühling kommt, packt viele der Drang zum Ausmisten. Doch je schöner die aussortierten Sachen, desto schwieriger ist es, sie wegzugeben. Die Ordnungsberaterin und ehrenamtliche Mitarbeiterin im Oxfam Shop Susan Amster-Parsia-Parsi weiß Rat.

■ Andrea Frey, Julia Jahnz

„Sich vom Ausrangierten zu trennen, fällt oft viel leichter, wenn es nicht auf dem Müll landet, sondern sinnvoll verwertet wird“, weiß Loslass-Expertin Susan Amster-Parsia-Parsi, die in ihrer Freizeit ehrenamtlich im Berliner Oxfam Shop am Ku’damm arbeitet. „Daher rate ich meinen Klientinnen und Klienten, die Dinge lieber weiterzugeben. Das ist noch dazu nachhaltig.“ Denn sowohl die Entsorgung alter als auch die Herstellung neuer Waren sind Gift für das Klima. Secondhand macht beides unnötig.

AUFRÄUMEN MIT METHODE

Als Aufräum- und Ordnungsberaterin unterstützt Susan Amster-Parsia-Parsi Menschen dabei, Dinge wegzugeben, die sie nicht mehr brauchen. Nach ihrer Erfahrung hilft es, mit einem kleinen Ort anzufangen: „Fokussieren Sie sich zunächst nur darauf und halten ihn konsequent aufgeräumt. Das setzt Glücksgefühle frei und dieser Aufräum-Anker macht Mut, andere Ordnungsziele anzugehen“, so die 52-Jährige, die bei Marie Kondo gelernt hat, der Erfinderin der KonMari-Methode für konsequentes Aussortieren.

Nächste Station könnte der Kleiderschrank sein: „Starten Sie zum Beispiel mit sämt-

lichen T-Shirts oder allen Pullovern, die Sie auf einen großen Stapel packen.“ Wichtig sei, alles in die Hand zu nehmen und auf das Bauchgefühl zu hören: „Bereitet mir der Gegenstand Freude? Benutze ich ihn? Dann bekommt er ein ‚Ja‘. Sonst heißt es ‚Weg damit‘“, so die Ordnungs-Coachin.

AB ZU OXFAM!

Zeit ist ein weiterer wichtiger Faktor: „Das geht nicht nebenbei. Planen Sie den Zeitbedarf realistisch und großzügig – lassen Sie sich währenddessen nicht ablenken, auch nicht durch Musik.“ Auch damit die Ordnung bleibt, ist Zeit nötig – zum Beispiel jeden Abend einige Minuten, in denen Dinge wieder an ihren Platz gelegt werden. Langfristig bewirke strukturiertes Aus- und Aufräumen meist, dass Menschen den Dingen, die sie behalten, wieder mehr Freude und Wertschätzung entgegenbringen. „Vor allem benutzen sie sie auch häufiger – und nicht selten setzt ein Umdenken ein: Über Neuanschaffungen wird nachgedacht und bewusster Konsum ersetzt Impulseinkäufe.“

Alles, was nicht mehr gebraucht wird, aber schön und gut erhalten ist, kommt am besten in den Oxfam Shop. „Ehrenamt-

/// **Bereitet mir der Gegenstand Freude? Sonst: ‚Weg damit!‘** ///

AUFRÄUMEXPERTIN
SUSAN AMSLER-PARSIA-PARSI

liche verkaufen das Gebrauchte für einen guten Zweck. Das gibt ein doppelt gutes Gefühl beim Loslassen“, meint auch Susan Amster-Parsia-Parsi.

Ein paar Punkte gilt es dabei zu beachten: Alles sollte gut erhalten, in einwandfreiem Zustand, unbeschädigt und sauber sein. Eine gute Hilfe ist, sich zu fragen, ob man die Dinge auch selbst kaufen oder verschenken würde. Da die Lagerräume in Oxfams Läden begrenzt sind, sollte die Sachspende möglichst in einen Karton oder eine Tragetasche passen – und auch zur Saison. Pullover und Wintermäntel können vielleicht noch gut verpackt unter dem Bett oder im Keller bis zum Herbst warten. Nach dem Frühjahrsputz sollte dort schließlich wieder Platz sein.



IBRAHIM ALWAZIR
OXFAM JEMEN

Seit sieben Jahren zehrt der Krieg an den Menschen im Jemen. Die Wirtschaft liegt in Schutt und Asche. Fast die Hälfte der Bevölkerung hat nicht genug zu essen. Millionen Menschen haben ihre Arbeit und ihren Besitz verloren, müssen sich verschulden und schlecht bezahlte Jobs annehmen, während die Lebensmittelpreise weiter steigen.

Wir tun alles in unserer Macht Stehende, um den Menschen Zugang zu Lebens-

mitteln und sauberem Wasser zu verschaffen. Aber das ist nicht genug. Was sich ändern muss, ist der Teufelskreis der Eskalation durch die Kriegsparteien. Die Menschen brauchen Frieden, und zwar jetzt. Je länger dieser Krieg dauert, desto mehr werden unnötig leiden, während die Welt weiterhin die Augen vor den Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht verschließt – durch die Kriegsparteien und alle, die durch Waffenlieferungen die Gewalt anheizen.

EINE FRAGE, DREI MENSCHEN

WAS MUSS SICH ÄNDERN?

CHARLOTTE BECKER
NEUE LEITERIN POLITIK & KAMPAGNEN BEI OXFAM DEUTSCHLAND

Für eine Welt, in der alle Menschen in Würde und weder in Armut noch in Angst vor Armut leben können, müssen wir gemeinsam die Ursachen von Armut bekämpfen. Allen voran Ungleichheit. Ungleichheit ist ein Treiber von Armut. Ungleichheit bedeutet auch, dass Frauen und Menschen jenseits herrschender Geschlechternormen noch immer nicht die gleichen Rechte und Chancen haben

wie Männer. Das muss sich ändern! Weil extreme Ungleichheit nicht das Resultat einer Naturgewalt ist, kann sie mit den richtigen politischen Entscheidungen reduziert, unser Planet geschützt und Armut in die Vergangenheit verbannt werden.

Veränderung passiert nicht über Nacht. Sie braucht uns alle und Oxfam ist mit seinen

Kampagnen und der fundierten politischen Arbeit bestens aufgestellt, um an den entscheidenden Stellschrauben zu drehen und etwas zu bewirken. Darauf freue ich mich!



AMINE GHALI
GESCHÄFTSFÜHRER VON OXFAMS PARTNERORGANISATION KAWAKIBI
DEMOCRACY TRANSITION CENTER IN TUNIS, TUNESIEN

Ich würde gerne den zivilgesellschaftlichen Raum hier in Tunesien ausweiten, als Raum für alle, die sich beteiligen, Vorschläge machen und einen Beitrag leisten wollen. Dazu braucht es mehr Ressourcen und verbesserte Zusammenarbeit. Wir brauchen Raum, in dem staatliche und zivile Akteure zusammenarbeiten, um gemeinsam den Schutz und die Förderung von Rechten, eine verbesserte Justiz, eine bessere Wirtschaft, eine

nachhaltige Entwicklung und ein integratives Wachstum hier in Tunesien zu erreichen.

Wir brauchen einen zivilgesellschaftlichen Raum, der sowohl die klassischen Verbände als auch neue Akteure der sozialen Bewegung, etwa Aktivisten und Blogger beherbergt, einschließlich nationaler und regionaler Organisationen, die Dynamik auf regionaler und internationaler Ebene schaffen.



OSTERGESCHENKE WIE AUS DEM EI GEPELLT



Versicke
Ei-zigartige
Ostergrüße

Unsere Küken als Grußkarte
inkl. Magnet sorgen für
Stimmung im Nest

Jetzt online auf:

OXFAMUNVERPACKT.DE/KUEKEN



WAS IST OXFAM?

Oxfam vereint Menschen in aller Welt, die sich nicht damit abfinden wollen, dass es Armut und extreme Ungleichheit gibt.

Als internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation unterstützen wir Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern dabei, sich eine bessere Zukunft zu schaffen.

Bei Krisen und Katastrophen retten wir Leben und helfen, Existenzen wieder aufzubauen. Gemeinsam mit Menschen in Nord und Süd erheben wir unsere Stimmen, um eine Politik zu fordern, von der alle profitieren. Seite an Seite mit

Partnerorganisationen, der Bevölkerung vor Ort – und Ihnen – arbeiten wir für ein großes Ziel: die Armut weltweit abzuschieben.

Zur Finanzierung dieser Arbeit tragen rund 3.400 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen in derzeit 55 Oxfam Shops bei. Diese werden von der Oxfam Deutschland Shops gGmbH betrieben, einem hundertprozentigen Tochterunternehmen des Oxfam Deutschland e.V.

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu einem unserer Artikel? Schreiben Sie uns an EINS@oxfam.de. Wenn Sie **EINS** in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie uns bitte eine kurze Nachricht.



OXFAM
Deutschland

IMPRESSUM

Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V.
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel: (030) 45 30 69 - 0

V.i.S.d.P.: Marion Lieser
Chefredakteur: Steffen Küßner
Redaktion: Franziska Röttsch
Gestaltung: martinbrombacher.de
Druck: Oktoberdruck, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.
www.oxfam.de/eins
www.twitter.com/oxfam_de
www.facebook.com/oxfam.de

Spendenkonto

IBAN: DE87370205000008090500
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 80 90 500
BLZ: 370 205 00

